

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 14.05.2009 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz (ohne Ziffern 9 – 11)  
Stadtrat May  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 10)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (bis 20.00 Uhr, Ziffer 7)  
Stadtrat Rank (bis 20.00 Uhr, Ziffer 7)  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker (bis 19.05 Uhr, Ziffer 3)  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (bis 18.50 Uhr, Ziffer 3)  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)  
Herr Pfreninger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Oberamtsrat Hartner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Stadtgärtner Besch (Ziffer 3)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Bürgermeisterin Regan  
Stadträtin Wallrapp  
Stadtrat Konrad

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. Neugestaltung der Mainpromenade, Bauabschnitt 2; Beschlussvorlage zur Festlegung des Materials für die Geh- und Fahrflächen Hier: Ergänzung zur Sitzungsvorlage vom 15.04.2009

#### **Mit 23 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für die Oberflächenbefestigung der einzelnen Teilbereiche werden folgende Materialien beschlossen:
  - 2.1. Für die „Mainfenster“ wird der Belag „Via Castello“ beschlossen.
  - 2.2. Für die „Geh- und Fahrflächen“ wird der Belag „Lithon plus - Jura hell“ beschlossen
  - 2.3. Für den „Randbereich“ wird der Muschelkalkbelag auf einen 3 – Zeiler reduziert. Unter der Alten Mainbrücke entfällt der 3 – Zeiler aus Muschelkalk. Hier wird der gleiche Belag wie bei den Geh- und Fahrflächen verwendet.

### 2. Weihnachtsmarkt 2009; Beschluss

- A. Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachvortrag aufgrund der Diskussion im Finanzausschuss ein und bittet um Beschlussfassung. Für 2010 sagt er zu, dass noch vor der Sommerpause die Rahmenbedingungen (u. a. Kosten) festgelegt werden, so dass sich ein Orga-Team an die Vorbereitung machen könne.  
Stadtrat Haag als stellv. Tourismusreferent spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus und bittet die Planungen für das Jahr 2010 schnellmöglich anzutreiben.  
Stadträtin Dr. Endres-Paul als Referentin für Kultur und Brauchtum spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag aus. Hinsichtlich der Vorbereitungen für 2010 bittet sie im Beschlussentwurf die Frist bis zur Sommerpause zur Vorplanung seitens der Verwaltung aufzunehmen.  
Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.  
Stadtrat Heise! bittet den Aspekt hinsichtlich der Rathaushalle (keine Verkaufsausstellung in 2009) getrennt abzustimmen.

#### **B. Mit 25 : 2 Stimmen**

1. Die Verwaltung unter Federführung der Tourist-Info wird beauftragt, während der Adventszeit 2009 folgendes zu organisieren:
  - Einen „vorweihnachtlichen Ort der Begegnung“ auf dem Marktplatz mit einem qualitativ hochwertigen Angebot an Getränken (u. a. Fränkischer bzw. Kitzinger Glühwein; evtl. Feuerzangenbowle) und Gebäck.

- Für die Kinder ein Angebot auf dem Markt (z. B. Karussell) und / oder in der Rathaushalle (z. B. Modelleisenbahn).
- Bauhof und Gärtnerei stellen 1 – 2 (alte) Hütten sowie 2 – 3 Lauben auf und schmücken diese ansprechend (Tannenwedel, Girlanden).
- Vergabe der Stände durch die Verwaltung gegen eine angemessene Standgebühr (zur teilweisen Refinanzierung der Ausgaben).

#### C. Mit 22 : 5 Stimmen

Die Verwaltung unter Federführung der Tourist-Info wird beauftragt, während der Adventszeit 2009 folgendes zu organisieren:

In der Rathaushalle ein vorweihnachtliches Kulturprogramm mit möglichst örtlichen Kulturanbietern (Musik- und Gesangvereine, Museum, Musikschule, Häckerbühne ...)

#### D. Mit 25 : 2 Stimmen

Für die Organisation und Durchführung werden für die Leistungen des Bauhofs / Gärtnerei, das Kulturprogramm und die Kinderunterhaltung 6.000 € bereitgestellt.

#### E. Mit 21 : 6 Stimmen

Die Eckpunkte für den Weihnachtsmarkt 2010 ff werden seitens der Verwaltung im Laufe des Monats Juni formuliert und an die Vorsitzende des Beirat für Kultur und Brauchtum weitergeleitet. Nach der Beratung im Beirat wird der Stadtrat vor der Sommerpause die Eckpunkte beschließen.

### 3. Rahmenkonzeption für Stadtmöblierung Stadt Kitzingen

A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf die Bemusterung der Möbel im Rahmen einer Ausstellung mit gleichzeitiger Bürgerbefragung im Februar 2009. Hinsichtlich der Frage der Ausschreibung stellt er dar, dass in heutiger Sitzung lediglich der Grundsatz beschlossen werde und die Auftragsvergabe als solche der Finanzausschuss beschließen müsse.

Hinsichtlich einer möglichen Förderung verweist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf ein Gespräch mit der Regierung von Unterfranken, die im Grunde die Möglichkeit der Förderung sehe, jedoch zunächst geprüft werden müsse, ob bei der seinerzeitigen Sanierung des Marktplatzes, die zuschusstechnisch noch nicht abgeschlossen sei, ebenfalls Bänke und dergleichen gefördert wurden. Falls dies der Fall sei, erhalte man für den Ersatz der Bänke keine Förderung. Alles was darüber hinaus beschafft wird, habe Aussicht auf Förderung, falls es im Sanierungsgebiet liegt. Die Beschaffung könne erst dann getätigt werden, wenn die Zuschusszusage seitens der Regierung vorliegt.

Stadtgärtner Besch geht im Folgenden auf die Bemusterung, die getroffene Auswahl sowie die verschiedenen Gestaltungszonen ein.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass die UsW dem Beschluss mehrheitlich zustimmen werde. Aus seiner Sicht sei die Beschaffung dringend notwendig und er hoffe, dass die Regierung einen entsprechenden Zuschuss geben werde. Hinsichtlich der Frage der Ausschreibung stellt er dar, dass diese seiner Auffassung nach aufgrund des Kostenvolumens durchgeführt werden müsse.

Oberrechtsrätin Schmöger stellt hinsichtlich der Ausschreibung dar, dass - vorausgesetzt der Stadtrat hebe die Vergabeordnung der Stadt auf – es sich um eine Ver-

gabe nach VOL handle und somit eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt werden müsse bzw. eine freihändige Vergabe möglich sei.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab spricht sich ebenfalls für die Beschaffung aus und verweist auf die stattgefundene Bürgerbefragung. Ihrer Auffassung nach müsste man die Anschaffung langfristig auf 25 Jahre betrachten, wobei sich die Kosten wieder relativieren.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich ebenfalls für die Beschaffung aus und verweist ebenfalls auf die stattgefundene Bürgerbefragung. Darüber hinaus bittet sie, auf die Gewerbetreibenden im Marktplatz zuzugehen, damit diese ihre Bestuhlung und dergleichen ebenfalls anpassen sollten.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag spricht sich ebenfalls für die Beschaffung der neuen Möbel aus.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass Art und Umfang der Neubeschaffung zu kostenaufwendig sei. Darüber hinaus verweist er auf die eintönige Gestaltung der Bänke. Seiner Auffassung nach sollte eine Stadtmöblierung vielfältig von den Materialien und von der Gestaltung her sein und bitte die Beschaffung nochmals zu überdenken. Den vorgestellten Varianten könne er nicht zustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt freut sich über die Bürgerbeteiligung, äußert jedoch ihren Unmut, dass man dem Bürger die Preise der Bänke nicht nähergebracht habe. Ihrer Auffassung nach wäre in Kenntnis der Anschaffungskosten die Entscheidung anders ausgefallen. Sie befürwortet eine stufenweise vielfältigere Erneuerung der Möbel, auf einem geringeren Qualitätsstandart.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm verweist ebenfalls auf die vielfältige Gestaltung in der Art und Weise sowie den Materialien. Er könne gleichwohl dem Beschluss zustimmen und hofft auf eine Förderung seitens der Regierung von Unterfranken.

### C. Mit 20 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Rahmenkonzept für Stadtmöblierung wird in der vorliegenden Form bestätigt.
3. Stadtgärtnerei und Bauhof erhalten den Auftrag die Stadtmöblierung in der Altstadt und am Hindenburgring Süd, gemäß der Rahmenkonzeption zu erneuern. Die dafür benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 175.000 € werden bei der Haushaltsstelle 1.7911.9590 eingestellt.  
Die Deckung erfolgt in Höhe von 125.000 € aus Minderausgaben 2009, bei der HSt. 1. 6481.9510 (Brücke zur Mondseeinsel) und 50.000 € aus bereits dafür eingestellten Mitteln.

Aufträge an Lieferanten dürfen erst nach abschließender Prüfung der Fördermöglichkeiten vergeben werden.

4. Antrag der KIK-Fraktion Nr. 38/09 vom 08.03.2009:  
hier: Informationsfreiheitsgesetz - Erstellung einer kommunalen Satzung

A. Oberrechtsrätin Schmöger geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass die Gemeinden Prien und Pullach bereits eine Satzung hinsichtlich des Informationsfreiheitsgesetzes erlassen haben. Sie verweist auf das nötige Verfahren (Erarbeitung Satzung mit allen bereits gesetzlich geregelten Versagungsgründen) sowie auf den möglichen Verwaltungsaufwand (Anfrage muss verbescheidet werden, Möglichkeit der Klage, Einsichtnahme unter Beobachtung). Darüber hinaus muss die Verwaltung eine entsprechende Gebührenordnung aufstellen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Verwaltung sich derzeit gegen die Erstellung der Satzung ausspreche und man zunächst die Erfahrungen der Gemeinden Prien und Pullach abwarten sollte, bevor die Verwaltung Ende 2009/Anfang 2010 die Angelegenheit nochmals dem Stadtrat vorlege.

2. Bürgermeister Christof als Antragsteller ist der Auffassung, dass die Verwaltung den Schritt zu mehr Transparenz gehen sollte. Er glaube nicht, dass Aufgrund der Satzung die Bürger in Scharren das Recht auf Akteneinsicht in Anspruch nehmen werden. Darüber hinaus sehe er den Arbeitsaufwand nicht.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich das Für und Wider in der Erstellung einer kommunalen Satzung hinsichtlich des Informationsfreiheitsgesetzes.

**B. Mit 21 : 4 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Heisel wird stattgegeben.

**C. Mit 15 : 10 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag der KIK vom 08.03.2009 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen innerhalb des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Kitzingen zuzüglich einer Gebührenordnung zu erstellen und zur Verabschiedung im Stadtrat vorzulegen.

5. Beschleunigung von Vergabeverfahren in den Jahren 2009 und 2010  
Antrag der UsW vom 22.04.2009

**Mit 25 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Vergabeordnung der Stadt Kitzingen vom 13.02.1998 in der Fassung der 3. Änderungsordnung vom 08.10.2001 wird aufgehoben.
3. Für den Zeitraum bis zum 31.10.2010 gelten für die Auftragsvergaben bei der Stadt Kitzingen für die Bereiche der VOB / VOL die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 3. März 2009, Az: B II 2-6004-143-12 „Beschleunigung von Vergabeverfahren in den Jahren 2009 und 2010“ (Anlage 1) sowie die Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung im Rundschreiben vom 04.03.2009 zur „Beschleunigung von Vergabeverfahren kommunaler Auftraggeber in den Jahren 2009 und 2010“ (Anlage 2).
4. Die VOL/A ist bei der Vergabe städtischen Liefer- und Dienstleistungsaufträge anzuwenden.

5. Weiterhin gelten für die Auftragsvergaben bei der Stadt Kitzingen die in der dieser Sitzungsvorlage als Anlage 3 beigefügten Hausanordnung Nr. 5/2009 enthaltenen Maßgaben.

6. Rechtsaufsichtliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2009:  
Bekanntgabe

**Ohne Abstimmung**

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Landkreis Kitzingen mit Schreiben vom 27.04.2009 die rechtsaufsichtliche Genehmigung zur Haushaltssatzung 2009 erteilt hat.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am Mittwoch, 06.05.2009 an den Amtstafeln sowie durch Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsteil der Kitzinger Zeitung.

Der Haushaltsplan lag im Vorzimmer des Oberbürgermeisters eine Woche lang zur Einsichtnahme aus.

7. Rechenschaftsbericht 2008

**Ohne Abstimmung**

Vom Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2008 wird Kenntnis genommen.

8. Projektgruppe Konversion: Information zu Hintergrund und Organisation der Projektgruppe

Frau Noormann geht ausführlich auf die Unterschiede in der Zusammensetzung und den Aufgaben hinsichtlich der Projektgruppe Konversion sowie der Steuerungsgruppe ein. Darüber hinaus verweist sie auf die Struktur, die Ziele, die Termine sowie die Themen, die in der Projektgruppe Konversion behandelt werden soll. Dies wird zur Kenntnis genommen.

9. Einrichtung und Förderung eines Verfügungsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt

**Mit 22 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt einen jährlichen Verfügungsfond für das Soziale-Stadt-Gebiet Kitzingen-Siedlung in Höhe von 10.000 € - gemäß dem Integrierten Handlungskonzept Kitzingen-Siedlung (2008).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Förderung des Verfügungsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt zu beantragen.

10. Beauftragung der Architekten und Projektanten bzgl. Konjunkturpaket II

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

**Ohne Abstimmung**

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangene nichtöffentlicher Sitzung folgende Aufträge vergeben wurden:

1) Die Planungsaufträge für die **Hauptschule Siedlung** werden wie folgt vergeben:

- a) Architektenleistungen
  - Arch.-Büro Stürzenhofecker, Kitzingen
- b) Projektierung Heizung/Sanitär
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ I)
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ II)
- c) Projektierung Elektro
  - Ing.-Büro Baumann, Volkach/Gaibach

2) Die Planungsaufträge für die **Friedrich-Bernbeck-Schule** werden wie folgt vergeben:

- a) Architektenleistungen
  - Arch.-Büro Schmidt, Kitzingen
- b) Projektierung Heizung/Sanitär
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ I)
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ II)

3) Die Planungsaufträge für das **Stadtbauamt** (Schulhof 2) werden wie folgt vergeben:

- a) Architektenleistungen
  - Arch.-Büro Bilz und Meyer-Erlach, Kitzingen
- b) Projektierung Heizung/Sanitär
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ I)
  - Plan.-Büro Leibold, Volkach/Fahr (HZ II)

4) Für die Beauftragung evtl. weiterer erforderlicher Fachplaner, wie z. B. Statiker, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die Aufträge je nach Bedarf zu erteilen.

11. Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße (Mittelabschnitt)

Gebühren für Prüfstatik der Ingenieurbauwerke  
Auftragsvergabe

**Mit 22 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Prüfung der statischen Berechnungen von Standsicherheit für die Ingenieurbauwerke Energiewandlungsbauwerk, Fußgängerbehelfsbrücke und Brücke zum Eselsberg (BW 9) wird auf der Grundlage der einheitlichen Gebührenordnung

RVP bzw. PrüfVBau für Prüffämter an die LGA Würzburg, Abteilung: Prüffamt für Standsicherheit auf Grundlage des Angebotes vom 30.04.2009 freihändig vergeben.

## 12. Entschädigung für ehrenamtlich tätige Gemeindebürger

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt dar, dass die Sätze zur Entschädigung ehrenamtlicher Gemeindebürger (Wahlhelfer) angepasst werden sollten. Dabei müsse auch insoweit unterschieden werden, dass die Entschädigung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (mit Freizeitausgleich) von den übrigen Helfern (ohne Freizeitausgleich) differiert. Grund der Abpassung sei der Umstand, dass es immer schwieriger werde die entsprechende Zahl von Wahlhelfern zu finden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Erhöhung, wobei neben der Befürwortung auch die Meinung vertreten wird, dass diese Entscheidung im Zusammenhang mit der Entschädigung der Stadträte im Haushalt 2010 getroffen werden sollte. Oberamtsrat Hartner stellt während der Diskussion fest, dass die Sätze seit ungefähr 20 Jahren nicht mehr angepasst wurden und deshalb die Erhöhung mit der Differenzierung gerechtfertigt sei.

### B. **Mit 17 : 6 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. § 6 der „Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts wird entsprechend der Vorschläge des Wahlamtsleiters wie folgt geändert:

#### **§ 6**

#### ***Entschädigung für ehrenamtlich tätige Gemeindebürger***

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindebürger folgende Entschädigung:

Beisitzer der Wahlausschüsse bei Kommunalwahlen,  
pro Sitzung (vergl. Art. 7 Abs. 3 GLkrWG) 10,-- €

### C. **Mit 14 : 9 Stimmen**

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindebürger folgende Entschädigung:

Mitglieder der Wahlvorstände bei **Stadtrats- und Kreistagswahlen**,  
pro Tag (vergl. Art. 7 Abs. 3 GLkrWG)

#### **Wahlhelfer mit Freizeitausgleich:**

Beisitzer/in:	35,-- €
Vorsteher/in:	35,-- €
Schriftführer/in:	50,-- €

### D. **Mit 17 : 6 Stimmen**

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindebürger folgende Entschädigung:

Mitglieder der Wahlvorstände bei **Stadtrats- und Kreistagswahlen**,  
pro Tag (vergl. Art. 7 Abs. 3 GLkrWG)

**Wahlhelfer ohne Freizeitausgleich:**

Beisitzer/in:	50,-- €
Vorsteher/in:	50,-- €
Schriftführer/in:	60,-- €

**E. Mit 18 : 5 Stimmen**

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder folgende Entschädigung:

Mitglieder der Wahlvorstände bei **Stadtrats- und Kreistagswahlen**,  
pro Tag (vergl. Art. 7 Abs. 3 GLkrWG)

Am Montag erhalten nur die Wahlhelfer ohne Freizeitausgleich ein Zehrgeld in Höhe von 25,-- €

**F. Mit 14 : 9 Stimmen**

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder folgende Entschädigung:

Mitglieder der Wahlvorstände bei den **übrigen Wahlen**,  
pro Tag (vergl. § 9 Abs. 2 LWO und § 10 Abs. 2 BWO)

**Wahlhelfer mit Freizeitausgleich:**

Beisitzer/in:	25,-- €
Vorsteher/in:	25,-- €
Schriftführer/in:	40,-- €

**G. Mit 17 : 6 Stimmen**

Für die Mithilfe bei Wahlen erhalten ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder folgende Entschädigung:

Mitglieder der Wahlvorstände bei den **übrigen Wahlen**,  
pro Tag (vergl. § 9 Abs. 2 LWO und § 10 Abs. 2 BWO)

**Wahlhelfer ohne Freizeitausgleich:**

Beisitzer/in:	40,-- €
Vorsteher/in:	40,-- €
Schriftführer/in:	50,-- €

**H. Mit 17 : 6 Stimmen**

Die neuen Regelungen finden zur Europawahl am 07.06.2009 erstmalig Anwendung.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.27 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer